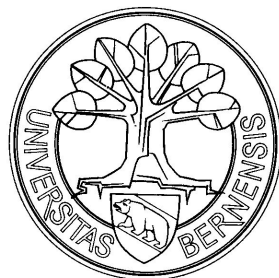


Universität Bern

Jahresbericht für das Studienjahr 2000/2001

1. September 2000 bis 31. August 2001



www.unibe.ch



Inkonsistenzen

Akademische Rede von Prof. Dr. Christoph Schäublin

Jeweils nach sechs Jahren pflegen erschöpfte Professorinnen und verbrauchte Professoren im Jungbrunnen eines Forschungssemesters ihre Kreativität neu zu entdecken und wiederzubeleben. Erste Inkonsistenz: das Mandat des seit 1995 dienenden Rektors wurde nahtlos um vier Jahre verlängert; von einer Atempause war nie die Rede. Dafür gibt es natürlich vertretbare Gründe, auch abgesehen davon, dass Kreativität – nach der Meinung mancher Skeptiker – ohnehin nicht zu den rektoralen Primärtugenden gehört und deswegen in diesem besonderen Fall auch keiner Auffrischung bedarf. Ferner leiden Rektoren bekanntlich an vollkommen andern Abnützungerscheinungen als ihre forschenden Kolleginnen und lehrenden Kollegen, weshalb man ihnen auch ganz andersartige Kuren verschreiben müsste. Insbesondere verlieren sie in zunehmendem Masse den Kontakt zum universitären Alltag, wie er sich in Hörsälen, Laboratorien und Bibliotheken abspielt, und neigen in der Folge mehr und mehr dazu, wirklichkeitsfremde, Forschung und Lehre geradezu hemmende Entscheidungen und Anordnungen zu treffen. Kein Wunder freilich, denn sie selbst beschäftigen sich ja kaum mehr mit Wissenschaft; dies bezeugen allein schon ihre Publikationsverzeichnisse, haben doch die spärlichen neueren Eintragungen (scheinen solche überhaupt auf!) ihren Ursprung fast sämtlich in prärektoralen Zeiten. Angesichts dessen liefe die Gewährung eines Forschungssemesters fast schon auf die Einleitung einer im vornherein hoffnungslosen Reanimation hinaus.

Mit Bedacht verzichte ich also darauf, Ihnen heute gleichsam letzte Nachzuckungen eigener Forschungen vorzuführen und deren Bedeutung für die Wissenschaft zu illustrieren (so gerne ich Ihnen einiges über antike und frühchristliche Magie berichten würde, wie sie uns auf einem weltweit einzigartigen, griechisch beschrifteten Goldamulett entgegentritt, das in der Berner Antikensammlung aufbewahrt ist – oder von den Schwierigkeiten, die es bereitet, höchst spannende, geradezu fundamentale lateinische Kunsttraktate des 15. Jahrhunderts in ein sachgerechtes und flüssiges Deutsch zu übertragen). Erspart bleibe Ihnen allerdings auch ein selbstgefälliger Rückblick auf die vergangenen sechs Jahre. Diese waren, wie bekannt und in Rechenschaftsberichten wiederholt dargelegt, wesentlich gekennzeichnet durch die Erarbeitung, Einführung und Umsetzung des neuen Universitätsgesetzes. Indes, auch noch so heroische Gründungszeiten gelangen unweigerlich einmal an ihr Ende und münden wie von selbst in einen Zustand neuer Normalität. Was geleistet werden musste, ist geleistet. Zwar harren noch einige Lücken der Schliessung, doch insgesamt darf wohl gelten, dass die Universität Bern ihre Identität als autonome Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit gefunden hat.

Akademische Rede

Erstaunlich schnell ist es ihr gelungen, in ihre neuen Rechte einzutreten und ihre neuen Verantwortungen zu übernehmen; und das Neue hat sich – alles andere als selbstverständlich – eigentlich durchweg auch als das Tauglichere erwiesen insofern, als die Universität Bern jetzt besser als zuvor in der Lage ist, flexibel, zeit- und wesensgerecht den vielfältigen Herausforderungen zu begegnen, die an sie gerichtet werden.

So weit, so gut. Das Haus ist bestellt, und niemand wird bestreiten wollen, dass zumindest diesbezüglich das wünschenswerte Mass an Konsistenz gewahrt sei. Fragte man ferner die Rektoren der übrigen Schweizer Universitäten nach ihrem Befinden zu Beginn des 21. Jahrhunderts, so würden sie sich vermutlich allesamt in ähnlichem Sinne äussern; denn die Universität Bern hat – auf ihre Weise – eine Bewegung mitgemacht, von der mehr oder weniger gleichzeitig auch ihre Schwestern erfasst worden sind. Verschiedene Anzeichen deuten freilich darauf hin, dass es nach der Phase der lokalen Umbauten trotzdem keine Rückkehr in ein wie auch immer geartetes Behagen geben wird: dass die Universitäten sich vielmehr auf den endgültigen Verlust jener geschützten Verhältnisse einstellen müssen, deren sie sich früher einmal erfreut hatten.

Unvermittelt nämlich sehen auch sie sich in den Strudel des Wettbewerbs, eines globalen Wettbewerbs gar, hinein gerissen oder hinein gestossen. Schon immer zwar hatten sie ebenso selbstverständlich wie erfolgreich danach getrachtet, mit ihren Leistungen international gültigen Kriterien zu genügen; als bestürzend neu hingegen erleben sie nun jene kaum mehr bestrittene Doktrin, die – nur wenig vergrößert – besagt, Bildung und Wissenschaft seien letztlich Waren, die wie andere Waren auch auf einem grenzenlosen Markt gehandelt würden. Mit der Lehre lasse sich, bei geschäftstüchtigem Verhalten, viel Geld verdienen (in der Tat bieten immer mehr Universitäten ihre besonders gewinnträchtigen Programme in Filialbetrieben oder als weltweit verbreitete Fernkurse an). Was die Forschung betrifft, so hätten die gesammelten Anstrengungen im wesentlichen dem Zweck zu dienen, grösstmögliche Mengen jenes verwertbaren «Wissens» zu «produzieren» und zu verbreiten, von dem am Ende das Überleben der Volkswirtschaften abhängt. Der unvermeidliche Wettbewerb aber gehe zunächst um die erforderlichen Mittel, dann um die besten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, schliesslich um die aufgewecktesten Studierenden.

Was eben als «Doktrin» bezeichnet worden ist, beschreibt einerseits tatsächlich erkennbare Tendenzen, setzt diese andererseits gewissermassen in Handlungsmaximen um und beherrscht gegenwärtig, implizit oder explizit, die Diskussion über die Zukunft der Universitäten, in der Schweiz und anderswo. Daran ändert im Grunde nur wenig, dass man bei Gelegenheit, sogar emphatisch, auch immer wieder betont, Bildung dürfe dann doch nicht auf das rein Kommerzielle und Nützliche reduziert werden, wissenschaftliche Erkenntnis jeder Art sei zunächst ein Wert an sich, die Universitäten erfüllten eine kulturelle Mission im weitesten

Sinne – nicht zuletzt deswegen verdienen selbst die Geistes- und Sozialwissenschaften ihren Platz: wenn nicht an der Sonne, so doch wenigstens im Halbschatten. Hier soll aber nicht davon die Rede sein, ob und wie es den Universitäten gelingen wird, ihr bisheriges Wesen dauerhaft zu bewahren – das heisst: an den hehren Grundsätzen, zu denen sie sich in ihren Leitbildern bekennen, auch unter radikal veränderten Bedingungen festzuhalten. Werden sie etwa, sei beiläufig doch gefragt, die für eine gelebte Interdisziplinarität erforderliche Vielfalt an Disziplinen verteidigen – oder sie preisgeben, um in jedem einzelnen Bereich jene «kritische Masse» zu akkumulieren, die angeblich nicht gross genug sein kann? Und wohin wird sich das kostbare Gut entwickeln, das wir bisher «Bildung durch Wissenschaft» genannt haben?

Nun, diese Problematik ist – wenn auch weitgehend ungeklärt – zumindest als solche erkannt und eingeräumt. Kaum je thematisiert wird dagegen die Frage, ob die Schweizer Universitäten – trotz ihrer neu gewonnenen Freiheiten – tatsächlich für jenen globalen Wettbewerb gerüstet sind, den man ihnen prognostiziert und verordnet. Oder anders gedreht: stimmen die frohgemut akzeptierten Vorgaben und die für deren Erfüllung benötigten Voraussetzungen in hinreichendem Masse miteinander überein? Wenn nicht (was ich befürchte), wären wir unversehens doch noch bei jenem Mangel an Konsistenz gelandet, auf dessen Nennung Sie jetzt schon so lange gewartet haben. – Im folgenden werde ich versuchen, ihn in der gebotenen Kürze einfach einmal zu beschreiben; eigene Wünsche und Wertungen seien zurückgestellt. Vielleicht ist es ja auch so, dass uns am Ende gar keine Wahl mehr bleiben wird.

Grundsätzlich sollen die geltenden Bedingungen – so malen wir uns das gerne aus – jede unserer Universitäten gleichermassen befähigen, den erwähnten Wettbewerb als eine «Spitzenuniversität» zu bestehen oder, neu gestählt, als eine «Spitzenuniversität» daraus hervorzugehen; und wer «Spitzenuniversität» sagt, blickt in der Regel nach den Vereinigten Staaten und hat dann sehr schnell ein paar klingende Namen zur Hand. Indes, fast ebenso regelmässig bleibt dabei unerwähnt, dass es in den Vereinigten Staaten etwa 3'500 Colleges und Universitäten gibt und dass aus dieser Menge von Hochschulen bestenfalls deren dreissig für sich den Anspruch erheben dürfen, sie seien in der Tat «Spitzenuniversitäten». Die übrigen belegen Plätze auf einer Rangliste, die von «sehr gut» bis hin zu «gerade noch genügend» reicht. Die Schweizer Universitäten schnitten in einem Vergleich zweifellos nicht schlecht ab. Berücksichtigt man freilich die Grössenverhältnisse, so ist der Schluss wohl unabweisbar, dass die Schweiz sich mehr als eine «Spitzenuniversität» nur mit einem schwer bezifferbaren Mehraufwand zu leisten vermöchte. Davon wagt aber – begreiflicherweise – kaum jemand laut zu sprechen; statt dessen organisieren wir einen nationalen «Binnenwettbewerb» und versichern uns gegenseitig hoffnungsfroh, dieser werde schon irgendwie dazu führen, dass alle Universitäten am Ende als Spitzen herausragen. Auf welche Umgebung aber werden sie majestätisch

Akademische Rede

hinabblicken? Oder soll sich die Schweizer Universitätslandschaft in ihrer Gesamtheit gewissermassen als ein Hochplateau formieren? Die Frage stellen heisst sie beantworten. Tatsächlich werden wir wohl bald einmal die Diskussion aufnehmen müssen über das Gefälle, das wir in unsern Breiten zulassen wollen, das heisst: über die Tiefe und die Ausmasse der unvermeidlichen Senken und Täler – und darüber, ob langfristig ganze Universitäten für den begehrten Platz auf dem Dach der Welt (beziehungsweise für ein Überleben in den unteren Regionen) vorzusehen sind oder nur je einzelne ihrer Fachbereiche.

Der Wettbewerb gehe – habe ich gesagt – zunächst um Mittel (um die massiv zu erhöhenden staatlichen und künftig vermehrt auch um private), ferner um Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, schliesslich um Studierende. Auch diese Vorstellung orientiert sich wesentlich an amerikanischen Verhältnissen; deren Implikationen freilich werden wohl selten vollständig mitbedacht. Nehmen wir immerhin einmal an, die Universität Bern habe sich auf wundersame Weise als «Spitzenuniversität» etabliert, in der unmittelbaren Nachbarschaft von Princeton und Harvard (den ewigen Vorbildern), und versuchen wir uns vorzustellen, welche Rechte und Ansprüche sie in der Folge anmelden, welche Änderungen der geltenden Umstände und Voraussetzungen sie um ihrer Exzellenz willen fordern oder aus eigener Kraft herbeiführen würde.

Fast über Nacht freilich werden ihr, einfach weil sie so gut ist, potenzielle Nobelpreisträgerinnen und -preisträger in Scharen zulaufen und sich um vakante Professuren bewerben. Und sie werden solche in der Tat auch erhalten – immer vorausgesetzt, dass sie bereit sind, vorweg erkleckliche Summen in die Bernische Pensionskasse einzubezahlen. Ich bitte um Verzeihung, aber so banal sind bisweilen die Dinge, welche die internationale Mobilität der Dozierenden behindern und in kleinlichen Ernennungsverhandlungen geregelt werden müssen! Abhilfe schaffen könnte diesbezüglich allerdings das Vermögen, worüber die Universität Bern dank Schenkungen und Stiftungen – wie sie einer «Spitzenuniversität» selbstverständlich zufallen – dereinst verfügen wird. Nur: wer eigentlich soll sich eingeladen fühlen, als Schenkerin oder als Stifter hervorzutreten? Abgesehen von einer ehrenvollen Erwähnung am Dies Academicus winken dem Mäzen keine weiteren Anerkennungen oder gar Vergünstigungen, insbesondere keine Vergünstigungen in steuerlicher Hinsicht – ganz im Gegenteil: bei uns muss üblicherweise zunächst einmal geklärt werden, ob die in Aussicht gestellte Zuwendung der Mehrwertsteuer unterliegt und wer dafür, notfalls, aufkommen wird.

Zugegeben, solche Rahmenbedingungen soll man nicht überschätzen, und sie liessen sich auch, um der Konsistenz willen, verhältnismässig leicht und schnell anpassen. Unmittelbar ans Wesen unserer Universitäten rührt hingegen – was zunächst vielleicht erstaunen mag – die Problematik des Wettbewerbs um die Studierenden: dessen wird man sich zumal bewusst, wenn der Blick nochmals über den Atlantik geht.

In ihrer neuen Stellung wird die Universität Bern sehr bald nicht darum herumkommen, einer staunenden Öffentlichkeit mitzuteilen, dass ihre Studierenden natürlich auch weiterhin über eine eidgenössisch anerkannte Maturität (oder über eine äquivalente Qualifikation) verfügen müssten. Diese allein aber werde künftig nicht mehr zur Aufnahme des Studiums berechtigen; denn einer «Spitzenuniversität» obliege es, die Elite der Elite auszubilden, und wer dazu gehöre, wolle sie von jetzt an selbst ermitteln: nach eigenen Kriterien und in einem eigenen Auswahlverfahren. Den abgewiesenen Bewerberinnen und Bewerbern stünden ja dann immer noch die Tore der übrigen Universitäten offen. Von der genannten obersten Elite dürfe überdies die Bereitschaft erwartet werden, für ihre Privilegien – das Studium an einer «Spitzenuniversität» und die daraus resultierenden Vorteile während des ganzen späteren Lebens – auch erhebliche Gebühren zu entrichten (von 30'000 Franken an aufwärts jährlich). Solche Gebühren seien auch insofern gerechtfertigt, als geradezu traumhafte Betreuungsverhältnisse in allen Fachbereichen – nicht zuletzt auch in denen der Geistes- und der Sozialwissenschaften – eine optimale Förderung der Studierenden zu gewährleisten vermöchten.

In der Folge wird man dann zwangsläufig das Stipendienwesen einer Überprüfung unterziehen und neu regeln: schliesslich wollen auch gewisse soziale Aspekte berücksichtigt sein, und es kann ja wohl nicht im Interesse einer «Spitzenuniversität» liegen, die weniger zahlungskräftigen Höchstbegabten von sich fernzuhalten und sich dadurch ein beträchtliches Potenzial einfach entgehen zu lassen. Immerhin, vielleicht wird die Universität Bern – bis die staatlichen Behörden endlich ihre Hausaufgaben gemacht haben (und auch danach) – zur Unterstützung und Förderung ihrer Studierenden ja doch einmal auf ein eigenes Vermögen zurückgreifen können: auf ein Vermögen, zu dem ihr – Steuervorteile hin oder her – insbesondere ihre Ehemaligen, in einem regelrechten «Alumni-Verein» organisiert, verhelfen dürften. Denn wem die unerhörte Auszeichnung eines Studiums an einer «Spitzenuniversität» zuteil geworden ist, wird seiner Alma Mater in ewiger Dankbarkeit verbunden bleiben und sich diese Dankbarkeit gerne auch etwas kosten lassen (nicht zu reden vom guten Gefühl, infolge angemessener Spenden erneut einem exklusiven Kreis anzugehören).

Die hier entwickelte Skizze ist weder originell, noch leidet sie an verzerrenden Überzeichnungen; vielmehr orientiert sie sich an einer bestehenden Wirklichkeit: eben an jener Wirklichkeit, die uns immer wieder die Modelle liefert und an die wir uns angeblich zusehends annähern (wenn nicht annähern müssen). Insofern geht es auch nicht um Wunschträume oder um Schreckensvisionen: ich will nichts herbei reden und nichts im voraus verdammen. Vielmehr stelle ich zunächst einfach fest, dass der ringsum beschworene Wettbewerb in letzter Konsequenz möglicherweise Zustände verursachen würde wie die geschilderten – oder besser wohl umgekehrt: dass möglicherweise allein unter Bedingungen wie den geschilderten echte «Spitzenuniversitäten» entstehen können: dann

Akademische Rede

eben, wenn der Wettbewerb in jeder Hinsicht unbehindert zu spielen vermag – getrieben überdies von einer Mentalität, wie sie hierzulande (noch) nicht heimisch ist.

Mithin besteht die gemeinte Inkonsistenz vermutlich darin, dass wir die Wirklichkeit vorläufig erst zur Hälfte wahrnehmen. Wir sprechen zwar von einem globalen Wettbewerb, haben aber noch nicht bis zum Ende durchgedacht, in welchem Masse unser vertrautes, auf anerkannten Werten beruhendes Bildungssystem insgesamt betroffen und in Frage gestellt wäre, wenn wir ihn vorbehaltlos akzeptierten. Oder anders gesagt: wir haben bei weitem noch nicht hinreichend geklärt, welche Spielregeln nun wirklich gelten und wo allfällige Grenzen verlaufen sollen. Immerhin, im Mai dieses Jahres haben die europäischen Wissenschaftsministerinnen und -minister, als sie sich in Prag über die sog. «Bologna Declaration» unterhielten (beiläufig: auch deren Auswirkungen, auf den tertiären Bereich und insgesamt, liegen noch weithin im Dunkeln) – die Minister also haben die Bildung zu einem «öffentlichen Gut» erklärt. Wie ist dieses sehr allgemein gehaltene, von der Schweizer Vertretung natürlich mitgetragene Bekenntnis zu verstehen? Läuft es wohl in der Tat darauf hinaus, dass der Wettbewerb halt doch nicht alles bestimmen dürfe, dass er vielmehr einer gezielten Bändigung zu unterwerfen sei? Wie freilich sähe diese aus? Und implizierte sie auch die Bereitschaft, auf dem globalen Markt – um der Besonderheit der Ware «Bildung und Wissenschaft» willen – gewisse Nachteile in Kauf zu nehmen?

Fragen über Fragen, auf die ich im Augenblick keine Antworten zu geben vermag. Gestellt aber müssen sie werden, je früher desto besser. Denn nochmals: zu Beginn meiner letzten Amtszeit als Rektor glaube ich sagen zu dürfen, dass die Universität Bern sich, was ihre innere Verfassung betrifft, in einem guten Zustand befindet. Sie ist bereit und fühlt sich fähig, auftragsgemäss den Weg ins 21. Jahrhundert anzutreten. Nun wäre überdies das Umfeld auszumessen, in dem sie sich wird bewegen müssen. Gerne würde ich meiner Nachfolgerin oder meinem Nachfolger dereinst eine Karte übergeben, welche die erforderlichen Angaben enthält.